



61. Österreichischer Städtetag

25. - 27. Mai 2011

St. Pölten

Arbeitskreis IV

**Integration – Querschnittsmaterie,
Chefsache oder bloße Rhetorik?**



Integration – Querschnittsmaterie, Chefsache oder bloße Rhetorik?

Moderation:

Dr. Eugen Antalovsky

Europaforum Wien

Vorsitz:

Bürgermeisterin Landtagsabgeordnete Ingeborg Rinke

Krems an der Donau

Vorträge:

Kommunale Integrationspolitik

Dr. Frank Gesemann

DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration, Berlin _____ Seite 5

Integration in Krems

Bürgermeisterin Landtagsabgeordnete Ingeborg Rinke

Krems an der Donau _____ Seite 15

Diskussionsstatements

Pfarrer Mag. Michael Chalupka

Direktor der Diakonie Österreich _____ Seite 23

August Gächter

Zentrum für Soziale Innovation _____ Seite 25

Dr. Bernhard Perchinig

Forschungsplattform Human Rights in the European Context _____ Seite 27

Stadtrat Mag. Dr. Andreas Rabl

Wels _____ Seite 29

Mag. Dieter Schindlauer

Sinnfabrik _____ Seite 31

Mag. Peter Webinger

Bundesministerium für Inneres _____ Seite 33



25
JAHRE
LANDES
HAUPT
STADT

st. pölten
mitten in europa

Kommunale Integrationspolitik - Konzepte und Strategien auf dem Prüfstand

Dr. Franz Gesemann

DESI - Institut für Demokratische Entwicklung und
Soziale Integration, Berlin



Österreichischer Städtetag, Arbeitskreis „Integration und Chancengleichheit“

Kommunale Integrationspolitik – Konzepte und Strategien auf dem Prüfstand

Dr. Frank Gesemann

Abstract

Als Orte des alltäglichen Zusammenlebens sind Städte und Gemeinden von zentraler Bedeutung für die Integration von Menschen mit Migrationserfahrungen. Die Erkenntnis, dass sich die Gesellschaft zu einer Einwanderungsgesellschaft geworden ist, die von gelingender Zuwanderung profitieren kann, hat auf kommunaler Ebene früh eingesetzt. Was oft als pragmatisches Improvisieren begann, wurde inzwischen vielerorts zu integrationspolitischen Gesamtkonzepten weiterentwickelt. Notwendig sind in diesem Kontext eine realistische Einschätzung von Handlungsspielräumen und Chancen eines kommunalen Integrationsmanagements.

Der Vortrag bezieht sich auf den aktuellen Wissensbestand über Kernelemente einer strategisch orientierten kommunalen Integrationspolitik. Dazu gehören insbesondere die Verankerung von Integration als kommunale Querschnittsaufgabe, die Unterstützung lokaler Netzwerke, eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung, eine sozialräumliche Ausrichtung der Integrationspolitik, die Förderung von Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement, eine Verbesserung der Bildungschancen, die Förderung der Integration in das Erwerbsleben, die Förderung von Vielfalt und Toleranz und der Aufbau eines Monitoringsystems.

Das Versprechen, Integration zu einer Angelegenheit moderner Steuerung zu machen, hat dazu beigetragen, ein Politikfeld aufzuwerten und auszubauen, das lange Zeit ein Schattendasein geführt hat und für das es kein erprobtes Handwerkszeug gab. Aber es gibt sehr wenig Wissen darüber, wie gut die Umsetzung von Integrationspolitik in der Alltagspraxis der Kommunen funktioniert, welche Elemente der Handlungsprogramme sich als erfolgreich erwiesen haben und inwiefern die erhofften Wirkungen beobachtet werden können. Im Vortrag sollen hierzu erste Ergebnisse einer repräsentativ angelegten Befragung von Städten, Gemeinden und (Land-)Kreisen zum Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland präsentiert werden.

Integration vor Ort¹

Als Orte des alltäglichen Zusammenlebens sind Städte und Gemeinden von zentraler Bedeutung für die ökonomische, soziale und kulturelle Integration von Migrantinnen und Migranten. Die Erkenntnis, dass die Bundesrepublik Deutschland zu einer Einwanderungsgesellschaft geworden ist, die von gelingender Zuwanderung profitieren kann, hat auf der kommunalen Ebene früh eingesetzt. Was oft als pragmatisches Improvisieren begann, wurde inzwischen vielerorts zu integrationspolitischen Gesamtkonzepten weiterentwickelt. Im Zuge der Neuausrichtung der Integrationspolitik von Bund und Ländern in der letzten Dekade ist auf lokaler Ebene eine beispiellose Aufwertung und Dynamik dieses Politikfeldes zu beobachten. Diese Entwicklung zeigt sich vor allem im zunehmenden integrationspolitischen Engagement der kommunalen Spitzenverbände, der konzeptionellen Grundlagenarbeit der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) und nicht zuletzt auch in den vielfältigen Eigenanstrengungen der Kommunen selbst (vgl. Gesemann/Roth 2009b: 17).²

Notwendig sind in diesem Kontext eine realistische Einschätzung von Handlungsspielräumen sowie eine Bewertung von Erfolgsbedingungen und Herausforderungen. Die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen sind zum einen begrenzt, da die Bedingungen der sozialen Integration von Zuwanderern in vielfacher Hinsicht durch regionale, nationale, europäische und globale Entwicklungen geprägt sind, die sich der Reichweite der lokalen Politik entziehen. Städte und Gemeinden haben zudem nur einen begrenzten Einfluss auf die Entscheidungen und Festlegungen von Bundes- und Landespolitik und sind von Finanzzuweisungen heterogener Akteure (Bund, Länder, Europäische Union) abhängig. Die Kommunen haben aber andererseits bei der eigenverantwortlichen Regelung von Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft ebenso wie bei der Erledigung von Aufgaben, die ihnen von Bund und Ländern übertragen wurden, einen Spielraum, den sie in einzelnen Politikfeldern (zum Beispiel in der lokalen Bildungs-, Sozial- und Integrationspolitik) in unterschiedlicher Weise nutzen. Wie zahlreiche Beispiele zeigen, können Kommunen Ressourcen der Integration sowohl auf Seiten der Migranten als auch auf Seiten der gesellschaftlichen Integrationsbereiche erfolgreich mobilisieren (vgl. Bommes 2007: 104 f.).

Kommunale Integrationspolitik

Konkret setzt kommunale Integrationspolitik sehr unterschiedlich an und umfasst oft eine Vielzahl unterschiedlicher Handlungsfelder. Hierzu gehören Sprachförderung, Arbeitsmarkt- und Bildungsintegration, Sozial- und Rechtsberatung, Gesundheitsförderung, Jugend- und Sozialarbeit, Wohnen und Stadtentwicklung, Mediation von Konflikten in der Nachbarschaft, Bekämpfung von Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit, Kulturförderung und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Förderung der politischen Partizipation. Beträchtliche Anstrengungen unternehmen die Kommunen vor allem im Kindergarten-, Schul- und Freizeitbereich. Viele Gemeinden fördern Vereine, die sich um einen interkulturellen Dialog bemühen, und unterstützen entsprechende Initiativen im Kulturbereich. Nicht erst seit es zu Konflikten um den Neubau von Moscheen gekommen ist, unterstützen Städte interreligiöse Dialoge. Die Kommunen bieten zudem nicht nur eigene Leistungen an, sondern unterstützen auch die Integrationsarbeit von Wohlfahrtsverbänden und Kirchen.

Die Entwicklung der kommunalen Integrationspolitik wird vor allem durch lokale Faktoren wie Größe, Struktur, Ressourcen und Organisationen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sowie die politischen, institutionellen, ökonomischen und sozialen Bedingungen in den

¹ Bei den folgenden Ausführungen handelt es sich um Auszüge aus einer Studie zur Integrationsforschung in Deutschland, die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellt wurde (vgl. Gesemann 2010).

² Die Leistungen der kommunalen Integrationspolitik wurden von Bund und Ländern im Nationalen Integrationsplan ausdrücklich gewürdigt (vgl. Die Bundesregierung 2007: 19, 24 f.).

einzelnen Städten, Kreisen und Gemeinden geprägt. Allerdings sind nicht nur strukturelle Faktoren von Bedeutung, sondern auch der lokalpolitische Wille, wie die Ergebnisse eines bundesweiten integrationspolitischen Wettbewerbs gezeigt haben (Bertelsmann Stiftung/Bundesministerium des Innern 2005). Die mangelnde Klarheit der migrations- und integrationspolitischen Rahmenseetzungen des Bundes und der Länder im unerklärten Einwanderungsland Deutschland hat zudem seit Anfang der 1970er Jahre die Herausbildung verschiedener Pfade kommunaler Integrationspolitiken begünstigt (vgl. Bommes 2007: 108 f.).

Die Kommunen bemühen sich um die Integration von Zuwanderern nicht nur aus besserer Einsicht, sondern auch im wohlverstandenen Eigeninteresse. Während sich Defizite der Integration negativ auf die Höhe der Sozialleistungen, die „gefühlte“ Sicherheit, das Wohlbefinden und das friedliche Zusammenleben von Einheimischen und Zuwanderern auswirken können, sind Integrationserfolge nicht nur Voraussetzung für eine optimale Erschließung der Potenziale und Ressourcen von Zuwanderern, sondern auch von zunehmender Bedeutung für eine erfolgreiche Entwicklung von Regionen. Globalisierung und demografischer Wandel verschärfen die Konkurrenz der Kommunen im Wettbewerb um Investitionen und Fachkräfte und erhöhen den Druck zu einer Neubestimmung der lokalen Bildungs- und Sozialpolitik.

Die Zukunft von Kommunen hängt auch davon ab, inwieweit es ihnen gelingt, die mit Migration verbundenen Chancen und Potenziale zu nutzen (günstiges Investitionsklima, attraktiver Wirtschaftsstandort, qualifizierte Arbeitskräfte) und die Kosten und Risiken einer mangelnden Integration von Zuwanderern zu reduzieren (Abhängigkeit von Transferleistungen, Entstehung und Verfestigung parallelgesellschaftlicher Strukturen, ethnisierte und religiös aufgeladene Konflikte, Kriminalität und Gewalt). Die besonderen Qualifikationen von Menschen mit Migrationshintergrund, die Qualität des Zusammenlebens von Einheimischen und Zuwanderern sowie Merkmale wie Offenheit, Toleranz und kulturelle Vielfalt werden vor diesem Hintergrund zunehmend als Schlüsselfaktoren für die Attraktivität und Konkurrenzfähigkeit von Kommunen angesehen (vgl. Florida 2002; siehe auch Steinhardt/Stiller 2008).³

Entwicklung kommunaler Integrationskonzepte

Die strategische Steuerung von Migration und Integration wird zunehmend als ressortübergreifende Aufgabe im Rahmen einer langfristig ausgerichteten kommunalen Zukunftsplanung bewertet. Jenseits aller Unterschiede ist daher in den verschiedenen Ansätzen auf kommunaler Ebene die Erkenntnis zu finden, dass Integrationspolitik eine ressortübergreifende Querschnittsaufgabe ist, die eine interkulturelle Öffnung von Verwaltung und öffentlichen Einrichtungen sowie eine Bündelung von Maßnahmen im Rahmen eines Gesamtkonzepts erfordert, das die lokale Zivilgesellschaft und auch die Migranten selbst und ihre Organisationen einbindet.

Inzwischen verfügt eine Mehrheit der deutschen Großstädte über Integrations- und Handlungskonzepte bzw. Leitbilder oder -linien zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern. Die Entwicklung ist aber nicht nur auf Großstädte beschränkt, sondern hat inzwischen auch kleinere Städte und Landkreise erfasst (vgl. Gesemann/Roth 2009b: 18 f.). Zu den übergeordneten Zielen einer lokalen Integrationspolitik zählen die umfassende Teilhabe von Migrantinnen und Migranten am sozialen, kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben, das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft sowie der Abbau von Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit. Zuwanderer werden als ökonomischer und kultureller Gewinn für die Gesellschaft betrachtet, denen angesichts des demografischen Wandels eine besondere Bedeutung zukommt.

³ Im Gegenzug gilt, dass Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt sich im internationalen Standortwettbewerb als besonders negativ auswirken, wie Bussmann und Werle (2004) am Beispiel der neuen Bundesländer gezeigt haben.

Die Integrationsprogramme der Kommunen richten sich vor allem an bleibeberechtigte Ausländer und Aussiedler, aber auch Asylsuchende und Flüchtlinge werden in einigen Fällen in die konzeptionellen Überlegungen mit einbezogen. Verlangt werden von den Zugewanderten in der Regel nicht Assimilation oder Aufgabe der kulturellen Identität, sondern ein aktives Bemühen um eine erfolgreiche Integration sowie die Akzeptanz der Rechts- und Werteordnung in Deutschland. Die folgenden Punkte finden sich in mehr oder weniger ähnlicher Form in vielen Konzepten und Leitlinien:

- Die Integration von Migrantinnen und Migranten ist mit Chancen und Herausforderungen verbunden, die im Rahmen einer aktiven und nachhaltigen Integrationspolitik bearbeitet werden müssen.
- Integration ist ein langer, komplexer und vielschichtiger Prozess, der Anforderungen an die Zugewanderten und die aufnehmende Gesellschaft stellt.
- Integration ist nicht nur eine staatliche oder kommunale Aufgabe, sondern eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die eine Mitwirkung aller gesellschaftlichen Gruppen verlangt.
- Integration ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Politikfelder umfasst und die eine interkulturelle Öffnung sozialer Dienste und Einrichtungen erfordert.
- Integrationsförderung muss zielgerichtet erfolgen und sich an den konkreten Lebenslagen, den Bedürfnissen, Kompetenzen und Ressourcen der Migrantinnen und Migranten orientieren.
- Integrationsförderung sollte frühzeitig, systematisch und nachhaltig erfolgen. Im Mittelpunkt stehen der Ausbau der Sprachförderung, die Verbesserung der Bildungserfolge, die Integration in den Arbeitsmarkt, der Abbau von Diskriminierung und die Förderung der Selbstorganisation von Migranten.
- Integration erfordert eine umfassende und nachhaltige Beteiligung von Migrantinnen und Migranten an gesellschaftlichen Entscheidungs- und Entwicklungsprozessen.

Erfolgsbedingungen kommunaler Integrationspolitik

Der Wettbewerb „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik“ hat zehn Erfolgsfaktoren einer kommunalen Integrationspolitik hervorgehoben. Diese Kriterien basieren vor allem auf den Erfahrungen jener Kommunen, die besonders große Fortschritte auf dem Weg zu einer erfolgreichen Integrationspolitik gemacht haben (vgl. Bertelsmann Stiftung/Bundesministerium des Innern 2005: 9 ff.). Sie stimmen zudem weitgehend überein mit den Handlungsempfehlungen für Kommunen der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (vgl. KGSt 2005; Reichwein/Vogel 2004 a+b; Reichwein et al. 2007; Reichwein 2009) und den strategischen Dimensionen, die europäisch vergleichende Analysen lokaler Integrationspolitiken herausgearbeitet haben (vgl. Penninx 2009; Wood 2010).

Folgende Aspekte sind hierbei von zentraler Bedeutung (vgl. Gesemann/Roth 2009b: 23 f.):

Integrationspolitik ist als systematisches und strategisches Handlungsfeld zu entwickeln. Integrationspolitik ist heute mehr als die Addition einzelner Maßnahmen, sie verlangt lokal fortzuschreibende Gesamtkonzepte, die über Leitbilder, lokale Potenziale und Aufgaben, Handlungsansätze und Prioritäten Auskunft geben und dafür die entsprechenden Akteurskonstellationen schaffen (Foren, Netzwerke innerhalb und außerhalb der Verwaltung). Solche Konzepte sollen bereits das Ergebnis von kooperativen Diskussions- und Planungsprozessen sein, die ihre besondere Qualität und Legitimation durch das Ausmaß der Mitwirkung der lokalen Migrationsbevölkerung erhalten.

Zentral ist die Abkehr vom Defizitansatz. Migrantinnen und Migranten werden mit ihren spezifischen Potenzialen und Ressourcen als Gewinn und Chance für das Gemeinwesen betrach-

tet und auch so behandelt. Der erwartete Nutzen kann dabei in verschiedenen Dimensionen liegen: ökonomisch als sprachlich-interkulturelle Ressource in einer sich globalisierenden Ökonomie, demografisch als Kompensation bzw. Wachstumsmöglichkeit bei sinkender Reproduktionsrate der einheimischen Bevölkerung, kulturell als Zugewinn an kreativer Vielfalt. Diese potenzial- und ressourcenorientierte Sicht schließt Konflikte und Problemlagen nicht aus, wendet sich jedoch gegen überwiegend problem- und belastungsorientierte Sichtweisen auf Migration bzw. Migrantinnen und Migranten.

Einheimische und Zuwanderer begegnen sich „auf Augenhöhe“. Zuwanderer werden als Subjekte gesellschaftlicher und politischer Integration betrachtet. Ihre aktive Beteiligung und ihr bürgerschaftliches Engagement sind erwünscht und zu fördern. Integrationskonzepte und -strategien lassen sich folglich nur gemeinsam mit den Migrantinnen und Migranten entwickeln. Dies setzt Öffnungen und Offenheit in der Zuwanderungsgesellschaft voraus. Integration wird in dieser Perspektive zu einem Prozess mit offenem Ausgang, in dem sich beide, Migranten und Zuwanderungsgesellschaft, aufeinander zubewegen.

Integration ist eine Querschnittsaufgabe. Integration ist nicht nur eine Sache von Ausländerbeauftragten oder Integrationsämtern, sondern findet in allen Lebensbereichen und Handlungsfeldern der Kommune statt – oder auch nicht. Entsprechend geht es darum, für Zugewanderte ein auf deren Bedürfnisse abgestimmtes Angebot kommunaler Dienstleistungen zu entwickeln, die kommunalen Dienste für alle Bevölkerungsgruppen zu öffnen sowie Zugangsbarrieren für Migrantinnen und Migranten abzubauen. Die interkulturelle Öffnung der Kommunalverwaltung gilt dabei als wichtiges und zugleich besonders schwieriges Handlungsfeld – zumal in Zeiten knapper Kassen, die einen entsprechenden Zuwachs an kommunalen Mitarbeitern mit Migrationshintergrund und interkulturellen Kompetenzen nur begrenzt zulassen.

Integrationserfolge sollten überprüfbar sein und gemessen werden. Integrationspolitik soll mehr als ein symbolisches Unternehmen sein, sie will Wirkungen erzielen. In den kommunalen Handlungsfeldern, etwa der frühen Sprachförderung, gibt es eine Fülle von konkurrierenden Ansätzen, die nicht alle im gleichen Umfang erfolgreich sein dürften. Dies setzt solide Bestandsaufnahmen und Evaluationen voraus, die möglichst objektive Daten liefern, aber auch über subjektive Befindlichkeiten aufklären (Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund, Stand der sozialen, kulturellen, politischen Integration etc.) – und dies sinnvollerweise durch ein dauerhaftes Monitoring mit einem differenzierten Indikatorensystem zur kulturellen, strukturellen, sozialen und identifikatorischen Integration.

Resümee und offene Forschungsfragen

Das Potenzial einer kommunalen Integrationspolitik und eines Integrationsmanagements „ist bislang empirisch und konzeptionell kaum zureichend erschlossen“ (Bommes 2007: 104). Das liegt unter anderem an der noch nicht systematisch aufgearbeiteten heterogenen Geschichte der sozialen Integration von Migranten in Städten und Gemeinden und der kommunalen Gestaltung dieses Prozesses sowie an den noch mangelnden empirischen Untersuchungen zu lokalen Bedingungen, Entwicklungspfaden und Ergebnissen einer kommunalen Integrationspolitik: „Es gibt nicht sehr viel systematisches Wissen darüber, wie sich dieses erfahrungsgestützte Handlungswissen lokal unterschiedlich herausgebildet hat, wie es organisatorisch ausgestaltet ist, wie seine Leistungsfähigkeit beschaffen ist, worin seine Chancen und Grenzen liegen und wie insbesondere im Blick auf zukünftige Versuche des Aufbaus eines kommunalen Integrationsmanagements daran angeschlossen werden kann“ (ebd.: 104 f.).

Das Versprechen, Integration zu einer Angelegenheit moderner Steuerung zu machen, hat dazu beigetragen, ein Politikfeld aufzuwerten und auszubauen, das lange Zeit ein Schattendasein geführt hat und für das es kein erprobtes Handwerkszeug gab. Aber es gibt sehr wenig

Wissen darüber, wie gut die Umsetzung von Integrationspolitik in der Alltagspraxis der Kommunen funktioniert, welche Elemente der Handlungsprogramme sich als erfolgreich erwiesen haben und inwiefern die erhofften Wirkungen beobachtet werden können. Es gibt auf jeden Fall gewichtige Gründe, den Steuerungsoptimismus der lokalen Integrationskonzepte einer genaueren Prüfung zu unterziehen. Dies beginnt bei der Vorstellung dessen, was Integration eigentlich sein kann. Handelt es sich um einen widersprüchlichen, ungleichzeitigen, offenen, ungeschlossenen Prozess oder um einen steuerbaren Prozess und messbaren Zustand? Nötigen nicht die notorischen Finanzprobleme, die fehlende Autonomie und wachsende Überregulierung dazu, Kommunen nur als eingeschränkt strategisch handlungsfähig zu betrachten?⁴

Notwendig ist eine Bestandsaufnahme zur Entwicklung und Umsetzung kommunaler Integrationskonzepte, die eine Zwischenbilanz zu den Chancen und Schwierigkeiten, Erfolgsbedingungen und Barrieren ermöglicht. Hierbei zeichnen sich eine Reihe von Themen und Fragestellungen ab, die an dieser Stelle nur angedeutet werden können.⁵ Welche Bedeutung kommt lokalen Leitbildern zu? Fördern sie die Identifikation von Zugewanderten mit „ihrer“ Kommune oder liefern sie lediglich Stichworte für das Stadtmarketing? Welcher Gebrauch wird von Monitoringsystemen gemacht? Was sind Erfolgsbedingungen lokaler Integrationsnetzwerke? Inwieweit gelingt die Förderung von Partizipation und Aktivierung von bürgerschaftlichem Engagement? Wie tragfähig sind die integrationspolitischen Selbstverpflichtungen der Kommunen? Welche Fortschritte sind in dem bedeutsamen Handlungsfeld der interkulturellen Öffnung der Verwaltung zu verzeichnen? Inwieweit gelingt die Verknüpfung mit Politikfeldern, die von besonderer strategischer Bedeutung für die Integration von Zuwanderern sind? Wie steht es um die Verknüpfung kommunaler Integrationspolitiken mit stadtteilbezogenen Zielen, Programmen und Maßnahmen?

LITERATUR

- Babka von Gostomski, Christian 2010: Fortschritte der Integration. Zur Situation der fünf größten in Deutschland lebenden Ausländergruppen. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- Bertelsmann Stiftung/Bundesministerium des Innern (Hrsg.) 2005: Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik. Gütersloh: Verlag Bertelsmann-Stiftung.
- Bertelsmann Stiftung/Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2005): Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.
- Bertelsmann Stiftung 2008: Religionsmonitor 2008: Muslimische Religiosität in Deutschland. Überblick zu religiösen Einstellungen und Praktiken. Gütersloh
- Bommes, Michael 2007: Kommunen und nachholende Integrationspolitik – Handlungsperspektiven und Handlungsspielräume. In: Klaus J. Bade/Hans-Georg Hiesserich (Hrsg.): Nachholende Integrationspolitik und Gestaltungsperspektiven der Integrationspraxis. Göttingen: V&R unipress, S. 97–123
- Bommes, Michael 2008: „Integration findet vor Ort statt“ – über die Neugestaltung kommunaler Integrationspolitik. In: Michael Bommes/Marianne Krüger-Potratz (Hrsg.): Migrationsreport 2008. Fakten – Analysen – Perspektiven. Frankfurt am Main: Campus, S. 159–194

⁴ Siehe hierzu ausführlicher Roth (2010) und Gesemann/Roth (2010).

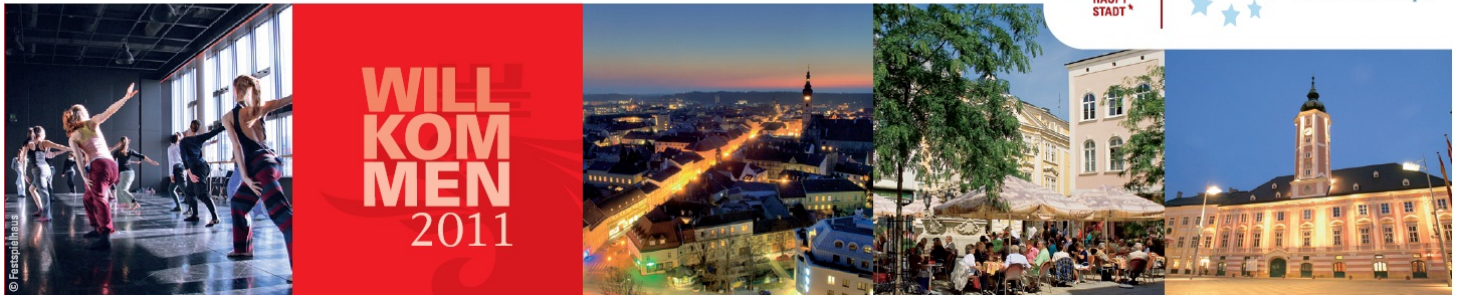
⁵ Siehe hierzu die ausführliche Darstellung in Roth (2010) sowie die Zusammenfassung in Gesemann/Roth (2010).

- Bommes, Michael 2009: Die Rolle der Kommunen in der bundesdeutschen Migrations- und Integrationspolitik. In: Frank Gesemann/Roland Roth (Hrsg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 89-109
- Bussmann, Kai D./Werle, Markus (2004): Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt: Standortnachteil Ost. In: Neue Kriminalpolitik 16, 3, S. 96-99
- Die Bundesregierung 2007: Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen. Berlin
- Filsinger, Dieter 1992: Ausländer im kommunalen Handlungskontext. Eine empirische Fallstudie zur Bearbeitung des „Ausländerproblems“. Berlin: VWB – Verlag für Wissenschaft und Bildung
- Florida, Richard 2002: The Rise of the Creative Class. And How It's Transforming Work, Leisure, Community and Everyday Life. New York: Basic Books
- Gesemann, Frank (Hrsg.) 2001: Migration und Integration in Berlin. Wissenschaftliche Ergebnisse und politische Perspektiven. Opladen: Leske + Budrich
- Gesemann, Frank 2010: Zur Integrationsforschung in Deutschland. Komparative Darstellung ausgewählter Ansätze und Methoden. Berlin: Friedrich Ebert-Stiftung, Politische Akademie, Berliner Akademiegespräche/Interkultureller Dialog. Internet: <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/berlin/07711.pdf>
- Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.) 2009a: Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Gesemann, Frank/Roth, Roland 2009b: Kommunale Integrationspolitik in Deutschland – Einleitende Bemerkungen. In: Frank Gesemann/Roland Roth (Hrsg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11–29
- Gesemann, Frank/Roth, Roland 2010: Kommunale Integrationspolitik in Deutschland: Erfolgsbedingungen und Herausforderung. In: Migration und Soziale Arbeit, 3–4, S. 185–193
- Gestring, Norbert et al. (Hrsg.) 2001: Jahrbuch StadtRegion 2001. Schwerpunkt: Einwanderungsstadt. Opladen: Leske + Budrich
- Häußermann, Hartmut/Oswald, Ingrid (Hrsg.) 1997: Zuwanderung und Stadtentwicklung. Leviathan, Sonderheft 17. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- KGSt [Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement] 2005: Management kommunaler Integrationspolitik. Köln: Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement
- Krings-Heckemeier, Marie-Therese et al. [empirica ag] 2008: Integration vor Ort. Der Nationale Integrationsplan – Zwischenbilanz. Berlin: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- Krummacher, Michael/Waltz, Viktoria 1996: Einwanderer in der Kommune. Essen: Klartext
- Penninx, Rinus 2009: Vergleichende Studien zu Integrationspolitiken europäischer Städte, in: Frank Gesemann/Roland Roth (Hrsg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 611-633
- Reichwein, Alfred 2009: Kommunales Integrationsmanagement – Ansätze für eine strategische Steuerung der Integrationsarbeit. In: Frank Gesemann/Roland Roth (Hrsg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 297-307
- Reichwein, Alfred/Vogel, Stefanie 2004a: Integration in den Kommunen. Gutachten im Auftrag des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration. Köln

- Reichwein, Alfred/Vogel, Stefanie (Hrsg.) 2004b: Integrationsarbeit – effektiv organisiert. Ein Handbuch für Kommunen. Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungseinfachung (KGSt). Düsseldorf: Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen
- Reichwein, Alfred/Möltgen, Katrin/Vogel, Stephanie 2007: Integration als Chance für Nordrhein-Westfalen und seine Kommunen. Potenziale nutzen – aus Erfahrungen lernen. Düsseldorf: Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen
- Roth, Roland 2010: Kommunale Integrationskonzepte auf dem Prüfstand. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung, 3, S. 126–130
- Roth, Roland/Gesemann, Frank/Aumüller, Jutta 2010: Abschlussbericht zur Evaluation des Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Berlin: Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration Download: http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/themen/rexpro/rex_abschlussbericht_25_04_2010_bf.pdf?download.html
- Steinhardt, Max/Stiller, Silvia 2008: Bunt in die Zukunft. Kulturelle Vielfalt als Standortfaktor deutscher Metropolen. Hamburg: Hypovereinsbank
- Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ 2007: Handlungsfeld: Stadträumliche Integrationspolitik. Ergebnisse des Projektes „Zuwanderer in der Stadt“. Darmstadt: Schader-Stiftung
- Wood, Phil (2010): Intercultural cities. Towards a Model for Intercultural Integration. Straßburg: Council of Europe

Kontakt

Dr. Frank Gesemann
 DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration
 Schwalbacher Straße 2
 12161 Berlin
 Tel.: 0049 30 623 57 89
 E-Mail: Frank.Gesemann@t-online.de
 Internet: <http://www.desi-sozialforschung-berlin.de>



25
JAHRE
LANDES
HAUPT
STADT

st. pölten
mitten in europa

Integration in Krems

Bürgermeisterin LAbg.
Ingeborg Rinke

Krems an der Donau

Integration in Krems

Bürgermeisterin LAbg. Ingeborg Rinke

Integration ist ein sehr vielseitiger Bereich und umfasst eine soziale, kulturelle, wirtschaftliche und politisch-rechtliche Dimension. Um dieser Vielseitigkeit gerecht zu werden, bedarf es eines kommunal abgestimmten Konzepts – eingebettet in eine verantwortungstragende Struktur beziehungsweise Organisation.

2002 bis 2005 wurde in Krems im Rahmen des von der NÖ Landesakademie angeleiteten Equal-Projektes „Verschiedene Herkunft-Gemeinsame Zukunft“ ein Integrationsleitbild erarbeitet. Ab 2006 koordinierte eine Mitarbeiterin des Magistrates die Tätigkeiten zur Umsetzung dieses Leitbildes in einer dafür eingerichteten Fachstelle für Integration „Krems Interkulturell“. 2008 übernahm der Verein „Impulse Krems“ die Aufgaben dieser Fachstelle. Ausgehend von seinen Hauptaufgaben im Jugend- und Sozialbereich legt der Verein den Schwerpunkt in der Integrationsarbeit in Maßnahmen der sozialen und kulturellen Integration. Einen wichtigen Bereich der Arbeit stellt die Vernetzung und Kooperation mit Politik, Verwaltung, Schulen, sozialen Einrichtungen etc. dar.

Wesentliche Leitgedanken in der Arbeit in der Fachstelle für Integration „Krems Interkulturell“ sind:

- Förderung und Forderung eines stetigen wechselseitigen Dialoges und interaktiven Prozesses zwischen Bevölkerung, Vertreter der verschiedensten Einrichtungen und Menschen mit Migrationshintergrund
- Abbau von Vorurteilen und Berührungängsten
- Förderung von Freiwilligkeit, persönlichem Engagement und kreativem Umgang mit der Vielfalt der Kulturen
- Forcieren von Offenheit und Schaffung von Möglichkeiten der Begegnung

Zentrale Herausforderungen der Fachstelle für Integration:

- Mit wenig finanziellen und personellen Ressourcen möglichst vielfältig zu arbeiten

- Stetige Bewusstseins- und Sensibilisierungsarbeit und Lukrieren notwendiger Ressourcen
- Kontakte und Kooperationen zu verschiedenen Volksgruppen und zu halten, um Nachhaltigkeit zu gewährleisten

Besonderheiten von „Krems Interkulturell“:

- MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund und fachlich fundierter Grundausbildung sowie gezielten Weiterbildungen
- Institutionalisierte Integrationsarbeit und somit Nachhaltigkeit
- Zusammenarbeit von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen mit Fachleuten
- Vielfältige Arbeitsansätze und Angebote durch Zusammenarbeit der Vereinseinrichtungen

Der Verein „Impulse Krems“ bietet folgende Angebote im Rahmen der Integrationsarbeit:

Jugendzentrum Pulverturm:

Kulturelle Vielfalt – Turm: Workshops im offenen Betrieb, Bewusstseinsbildung, Verhaltenskompetenzerweiterung sowie Sensibilisierungsarbeit und gezielte Fortbildung der Mitarbeiterinnen im Hinblick auf Diversity Management

Garten der Vielfalt – Turm Interkulturell: Workshops, Wohlfühl- und Gemüsegarten sowie Outdoorküche zu den Themen kulturelle Gepflogenheiten, Vielfalt der BesucherInnen sowie Essenszubereitung, Sorten, Düfte, Geschmäcker von Nahrung, Körperbewusstsein etc.

Schwerpunkt-Angebote für Mädchen verschiedener Herkunft

Jugendberatung:

Workshops in Schulen zum Thema Diversity und Fremdenfeindlichkeit

Fachstelle für Integration:

Anlaufstelle mit Begegnungsraum: Informations- und Koordinationsstelle für Fragen der Integration, Projekte, Veranstaltungen und laufende Aktivitäten in und um Krems, 1. Anlaufstelle / Ansprechpartner in allen Integrationsanliegen und gezielte Weitervermittlung inkl. Zuständigkeitsabklärung, Vernetzung und Kooperation, Organisation von kommunalen Aktivitäten in Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen

Deutschkurse für Anfänger und Fortgeschrittene mit Schwerpunkt Integration: Im Vordergrund stehen der Erwerb von sozialen Kompetenzen und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Durch lebenspraktische Lernbeispiele wie Exkursionen, Workshops etc. wird eine nachhaltige Eingliederung in die Gesellschaft gefördert.

Frauen Impulse: Deutschkonversationskurs für Frauen, kontinuierliche offene Treffen...

Interreligiöser Dialog: Gesprächsrunden zu verschiedenen Themen in unterschiedlichsten Einrichtungen

Interkulturelle Feste: Feste der Begegnung, interkulturelles Nikolausfest, Charity-Straßenfest etc.

Auf- und Ausbau des ehrenamtlichen Projektes „Integrationsbuddy“: Ehrenamtliche MitarbeiterInnen bauen auf verschiedene individuelle Art und Weise Brücken zu Kindern, Familien und Menschen verschiedener Herkunft. Sie erhalten dafür kostenlose Schulungen und Coachings.

Eine wichtige Aufgabe im Sinne der Integration erfüllen unsere interkulturellen MitarbeiterInnen in den Kindergärten und in der Volksschule Lerchenfeld.



25
JAHRE
LANDES
HAUPT
STADT

st. pölten
mitten in europa

Diskussionsstatements

Pfarrer Mag. Michael Chalupka
Direktor der Diakonie Österreich

August Gächter
Zentrum für Soziale Innovation

Dr. Bernhard Perching
Forschungsplattform Human Rights in the European Context

Stadtrat Mag. Dr. Andreas Rabl
Wels

Mag. Dieter Schindlauer
Sinnfabrik

Mag. Peter Webinger
Bundesministerium für Inneres

Mag. Michael Chalupka

Thesen und Grundsätze:

- Integration umfasst die gleichberechtigte Teilhabe an wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten sowie die Einhaltung der damit verbundenen Pflichten.

- Integration ist ein Prozess der wechselseitigen Anpassung und Veränderung zwischen einer aufnehmenden und einer aufzunehmenden Gruppe. Während MigrantInnen vor allem auf individueller Ebene große Anpassungsleistungen erbringen müssen, fällt der Aufnahmegesellschaft die Aufgabe zu, die politischen, rechtlichen und kulturellen Institutionen so umzugestalten, dass aus Fremden gleichberechtigte BürgerInnen werden.

- Dazu braucht es faire, gerechte Chancen – für alle. Die Aufnahmegesellschaft hat für Strukturen zu sorgen, die von Anfang an Aufnahme und Beteiligung ermöglichen. Ebenso wird von MigrantInnen erwartet, sich auf diesen Prozess einzulassen, etwa die Bereitschaft zum Erlernen der deutschen Sprache.

Und jeder in Österreich ist gehalten, die Universalität der Menschenrechte und die demokratische Verfassung als Grundlage des Zusammenlebens anzuerkennen, wie Religionsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit oder die gleichberechtigte Stellung von Frau und Mann.

Das verpflichtet alle Mitglieder der österreichischen Gesellschaft, – ob schon seit Generationen hier lebend, hier geboren oder kürzlich zugewandert.

- Integrationsmaßnahmen sind keine *Selbstbeschränkungen*, die *wir* uns im Namen von Rechtsstaatlichkeit, Humanität oder Toleranz *ihnen* gegenüber auferlegen. Österreich kann vielmehr die Tatsache, dass es zum Einwanderungsland geworden ist, auch als *Selbstbeschreibung* akzeptieren. ImmigrantInnen würden dann nicht mehr als Fremde wahrgenommen, sondern als zukünftige BürgerInnen; als Teil jenes Wir, das Österreich ausmacht.

Integration: Querschnittsthema, Chefsache oder bloße Rhetorik?

August Gächter, 2011-05-05

Integration beschränkt sich nicht auf Einwanderung. Zum einen sind seit 2000 auch Geschlecht, Alter, Religion, sexuelle Orientierung und Behinderung offiziell als Diskriminierungsgründe verboten und gibt es in der EU Charta der Grundrechte noch **zehn** weitere Gründe. Zum anderen umfasst Integration immer schon und vor allem die Frage der sozialen Unterschiede. Diese waren in Österreich bis 1918 bzw 1945 viele Jahrhunderte ständisch organisiert. Ihre demokratische Umgestaltung stand danach zwar phasenweise weit oben auf der Agenda, ist aber in den letzten Jahrzehnten stecken geblieben. Unter dem Thema der Integration geht es eigentlich darum.

Einwanderung ist somit ein eher kleiner Teil des Integrationsthemas. Städte sollten sich nicht durch diesen einen Aspekt von der Gesamthematik ablenken lassen. Für sie als Gestalter von Lebensqualität wird es entscheidend wichtig, sich die Bevölkerung nicht mehr in Form einiger weniger Kategorien zu denken, sondern auf Bedürfnisse und Potentiale sehr, sehr individuell zuzugehen. In diese Richtung müssen der Kompetenzerwerb und die Professionalisierung in der Verwaltung und den städtischen Diensten, aber natürlich auch auf politischer Ebene gelenkt werden.

Kompetenz besteht ganz zentral auch darin, sich an Fakten zu orientieren, nicht an Gerüchten, am Hörensagen oder an der Häufigkeit, mit der etwas in den Medien vorkommt. Es gibt heute viel mehr Faktenmaterial auf kommunaler Ebene als aktuell von den Entscheidungsträgern genutzt wird. Vor allem sind viele Neuerungen in der Datenlandschaft noch nicht ausreichend bekannt worden.

Der Städtebund hat eine wichtige Aufgabe als Ideenbörse, Erfahrungsspeicher und Vermittler von Expertise aus den eigenen Reihen. Er könnte und sollte angesichts der Entwicklungen im Bereich der Daten seine Rolle als Mittler zwischen den Städten und den Bereitstellern von Fakteninformation aktualisieren.

Der Zweck von Kompetenz und Professionalität ist, in jeder Situation Fairness walten lassen zu können. Fairness im Verwaltungshandeln ist von alters her ein Zeichen von gelebter Demokratie.

Bernhard Perchinig

„Integration – Querschnittsthema, Chefsache oder bloße Rhetorik?“

Der Begriff „Integration“ wird heute nahezu exklusiv im Zusammenhang mit Einwanderung gebraucht, und meist ist die Rede von einem Mangel an Integration.

Diese Darstellung hat zwei Effekte: Einerseits erscheint Integration als ein Thema, das außerhalb des Bereichs Einwanderung nichts zu suchen hat, und andererseits gerät die Integrationsleistung in den letzten Jahrzehnten außer den Blick: Alle Gesellschaften in Europa wurden in den letzten Jahrzehnten reicher, der Bildungsstand der Bevölkerung stieg, ehemalige Diktaturen wurden zu Demokratien. Diese Entwicklung passt nicht zur verbreiteten Annahme über das Scheitern der der Integration in unseren Gesellschaften..

Eine Gesellschaft erzeugt Teilhabe und Zusammenhalt über ihre Institutionen und Systeme, und es gibt es immer die Notwendigkeit, diese an neue Bedingungen anzupassen. Bildungsvererbung und die Entwicklung von Bildungspotentialen, gelingender oder nicht gelingender sozialer Aufstieg, politische Partizipation oder der Grad an Pluralismus und individueller Freiheit, den eine Gesellschaft leben will, sind Fragen, die sich immer wieder neu stellen. Es bringt wenig, den Begriff Integration über sie zu stülpen, anstatt sie gelassen und im Detail zu debattieren.

Diese Sichtweise hat eine klare politische Konsequenz: Es geht bei Integrationspolitik nicht um eigene Institutionen mit klingenden Namen für die Integration von Zugewanderten. Dieser Zugang verhindert, dass sich die etablierten Einrichtungen und Institutionen auf neue Herausforderungen einlassen und ist zudem schlicht desintegrativ. Im Gegenteil haben die bestehenden Einrichtungen die Verpflichtung, ihre Aufgaben für alle in diesem Land lebenden Menschen in möglichst hoher Qualität zu erfüllen. Qualitätssicherung heißt, etablierte Prozeduren und Verfahren ständig zu hinterfragen und zu adaptieren, und diese Aufgabe beinhaltet im heutigen Österreich auch die Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der Einwanderung auf die eigene Institution und ihre Aufgaben.

Diese Auseinandersetzung braucht nicht nur Engagement der Mitarbeiter, sondern auch Mut und Verantwortung auf Führungsebene – Integration bleibt ein Lippenbekenntnis, wenn sie nicht zur Chefsache gemacht wird.



Keine Sozialwohnung ohne Deutschkenntnisse

I. Ausgangssituation:

Integration ist eine unverzichtbare politische Aufgabe – insbesondere für Städte wie Wels, die einen hohen Migrationsanteil aufweisen. In Wels liegt der Anteil ausländischer Staatsangehöriger bei 17,22 %. In absoluten Zahlen bedeutet dies, dass von den 58.574 Personen 10.058 ausländische Staatsangehörige sind. 28,42 %, dh 16.646 Bewohner von Wels, sind ausländischer Herkunft. Um Integration zu erreichen und ein harmonisches Zusammenleben zu gewährleisten ist die gegenseitige sprachliche Verständigung die wichtigste Voraussetzung. Dies ist bedauerlicherweise in bestimmten Problemvierteln der Stadt nicht der Fall. Aufgrund dessen ist es in zahlreichen Wohnanlagen zu Konflikten zwischen den Bewohnern gekommen. Es bestand daher dringender Bedarf, die Qualität des Zusammenlebens zu verbessern.

II. Deutschkenntnisse als Vergabevoraussetzung

Insgesamt hat die Stadt Wels derzeit Einweisungsrechte für über 5.000 Genossenschaftswohnungen, jährlich werden ca. 200 Wohnungen an neue Mieter zugewiesen. Nach den aktuellen Erfahrungsberichten beherrschen mehr als 10 Prozent jener Personen, die ein Wohnungsansuchen stellen, die deutsche Sprache nicht ausreichend, um ein einfaches Gespräch zu führen.

Um dieses Problem zu beheben wurden im April 2011 neue Wohnungsvergaberichtlinien in Kraft gesetzt. Aufgrund einer verfassungsrechtlichen Stellungnahme von Univ.-Prof. Dr. Andreas Hauer konnte eine verfassungs- und rechtskonforme Vergaberichtlinie erarbeitet

StR. Dr. Andreas Rabl



werden, wobei die vom Verfassungsdienst der Stadt Wels geäußerten Bedenken widerlegt werden konnten. Diese Vergaberichtlinien besagen, dass Voraussetzung für Drittstaatsangehörige bei der Wohnungsvergabe der Nachweis von Grundkenntnissen der Staatssprache des Wohnungswerbers und sämtlicher volljähriger Mitbewohner ist. Diese Grundkenntnisse der Staatssprache können bsplw. durch ein Kurszeugnis gem. § 8 der Integrationsvereinbarungs-Verordnung nachgewiesen werden. Ausgenommen von diesem Nachweis sind Personen, denen auf Grund ihres hohen Alters oder dauerhaft schlechten Gesundheitszustandes die Erbringung des Nachweises nicht möglich ist bzw. handlungsfähige Personen.

Integration - Querschnittsthema, Chefsache oder bloße Rhetorik

von Dieter Schindlauer

Kontakt: dieter.schindlauer@sinnfabrik.at

Schluss mit der Märchenstunde

Wer „Integration“ verstehen will, muss verstehen, wie Diskriminierung funktioniert. Diskriminierung ist immer darauf gerichtet, reale oder erfundene Unterschiedlichkeiten zwischen Menschen zu entdecken und diese so lange mit Bewertungen aufzuladen, bis letztlich das „Andere“, das „Fremde“ die Gemeinsamkeiten zu übertünchen vermag. So gesehen ist ein Gutteil der derzeitigen Rhetorik zu „Integration“ sehr klar als Diskurs innerhalb eines diskriminierenden Systems zu entlarven. Warum sonst sollten sich Wortschöpfungen wie „Migrationshintergrund“ oder „Zweite Generation“ so dauerhaft im Zentrum der Aufmerksamkeit halten, wo sie doch – auf reale Menschen angewendet – gar so wenig aussagen? In der Integrationsdebatte ist also eine Diskriminierungsdebatte verborgen, die endlich auch geführt werden muss.

Aber auch noch andere – ebenfalls nicht geführte – Debatten werden in das Integrationsthema verpackt und entsprechend unzureichend anhand der „Integration“ der „Anderen“ abgehandelt. Fragen wie: „Wie wollen wir zusammen leben?“; „Was verbindet uns eigentlich in unseren Gemeinwesen miteinander?“; „Wie viel Gemeinsamkeit kann von mir gefordert werden und wie viel darf ich erwarten?“, werden nicht gestellt, sondern anhand der Integrationsdebatte auf „die Anderen“ verschoben, wobei angebliche Selbstverständlichkeiten produziert werden, – etwa nach dem Schema „die sollen sich an uns anpassen!“ oder unter Berufung auf „unsere“ oder „europäische“ oder gar „christlich-europäische“ Werte, die ihrerseits offenbar so selbstverständlich sind, dass sich niemand die Mühe macht, sie konkret zu benennen.

Wer das Zusammenleben im 21. Jahrhundert, das nun einmal faktisch von Vielfalt und Bewegung geprägt ist, ernsthaft so gestalten möchte, dass es den Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft gerecht wird, sollte sich demnach zu allererst aus diesen falschen Integrationsdebatten lösen, sich von „interkulturellen“ oder „interreligiösen Dialogen“ verabschieden und den benebelnden Zauber der Diskriminierung durchbrechen.

In einer angeblich so aufgeklärten und rationalen Zeit sollten wir uns also nicht weiterhin von Sagen und Märchen verzaubern lassen, die uns flüstern, dass jemand, der in einem anderen Land geboren ist oder eine andere Hautfarbe hat als ich, jedenfalls ganz grundsätzlich ganz anders sein müsse. Es ist notwendig, diesen Vorhang aus Geschichten und Mythen beiseitezuschieben, da er so viel Wichtiges zudeckt und von so vielem ablenkt. Dann wird wieder ein klarerer Blick auf die Wirklichkeit möglich und wir werden sehen: Die Herausforderungen sind nicht kleiner - sie sind nur andere.

Städtetag

Arbeitskreis 4: Integration – Querschnittsthema, Chefsache oder bloße Rhetorik?

Kernbotschaft

Integration ist eine **klassische Querschnittsmaterie**. Diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe kann nur im Zusammenwirken aller erfolgreich bewältigt werden. Kompetenzen wie Bildung, Arbeit, Wohnen, interkultureller Dialog und Freizeit sind breit gestreut und lassen sich nicht in einem Ressort oder einer Institution bündeln. Jedoch ist es wesentlich, dass **eine Stelle den Integrationsprozess begleitet und gesamthaft koordiniert**.

Damit in Sachen Integration Fortschritte erzielt werden, müssen alle relevanten Akteure in ihren jeweiligen Bereichen aktiv Beiträge leisten, die einen positiven Integrationseffekt haben. Darüber hinaus ist jede gesetzte Maßnahme vom zuständigen Kompetenzträger dahingehend zu hinterfragen, welche Auswirkungen sie auf die Integration in Österreich hat.

Von zentraler Bedeutung ist: **Fakten offen und ehrlich auszusprechen**. Bei aller gebotener Sensibilität, wenn es zB um den Bildungsstand, die Einkommens- oder auch Wohnsituation unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen geht, sollen den Menschen nicht falsche Tatsachen vorgespielt werden oder eine geschönte Darstellung der Realität erfolgen. Viele Jahre lang wurde versucht **mittels Wegschauen und Beschönigung** Probleme zu lösen. **Kein einziges Problem wurde durch diese Methode gelöst**. Das einzige was damit erreicht wird ist, dass der Informationsgeber (Medien, Politik,...) an Glaubwürdigkeit verliert. Die Diskrepanz zwischen dem Gesagten und der Wahrnehmung aus der eigenen Lebenswelt nimmt zu. Es entsteht Verärgerung und Verunsicherung und diese Stimmung kann ausgrenzenden und radikalierenden Kräften in die Hände spielen. Ziel ist es daher in einem **sachlichen, wertschätzenden aber offenen Diskurs** die Faktenlage zu analysieren und Probleme und Herausforderungen offen anzugehen.

Integration ist ein **wechselseitiger Prozess**. Es gilt sowohl die Bedürfnisse der zugewanderten Bevölkerung zu berücksichtigen, als auch die Sorgen und Ängste der sogenannten Mehrheitsgesellschaft. Nicht nur Personen mit Migrationshintergrund muss klar sein, was Rechten und Pflichten sind, und was von ihnen erwartet wird, sondern auch die Mehrheitsgesellschaft ist gefordert, sich aktiv einzubringen. Denn Integration ist keine Disziplin, die sich ausschließlich mit Personen mit Migrationshintergrund auseinandersetzt, sondern im Blickpunkt stehen alle Menschen in Österreich - mit und ohne Migrationshintergrund. Nur wenn alle Seiten aufeinander zugehen und sich gegenseitig respektieren, kann das volle Potential der in Österreich lebenden Menschen genutzt werden. Dies ist Grundvoraussetzung für ein Miteinander und die Entwicklung eines umfassendes „Wir-Gefühls“ in Österreich.

Best practice - Beispiele zur Kernbotschaft

Mit dem Nationalen Aktionsplan für Integration, wurde neben dem unabhängigen Expertenrat für Integration der Integrationsbeirat eingerichtet. Dieser **Beirat**, dem alle relevanten Akteure des Integrationsbereichs angehören, **steht symbolisch für die Querschnittsmaterie Integration** und soll die Akteure besser vernetzen.

Der **Expertenrat** soll der Versachlichung und Entemotionalisierung der Diskussion dienen und umsetzbare, integrationsfördernde Maßnahmen und Strategien erarbeiten.

Das BM.I selbst nimmt in seinem Bereich Verantwortung für die Integration wahr, indem es im Jahr 2011 **österreichweit 107 verschiedene Integrationsprojekte** unterstützt. Eine Vielzahl dieser Projekte wäre nicht durchführbar, würden sich nicht andere Akteure daran finanziell beteiligen.

Vorzustellen ist insb das **Haus der Bildung und beruflichen Integration**: Als weiteren Meilenstein in der NAP-Umsetzung definieren wir Habibi als One-Stop-Shop für Integration, in dem Ausbildung und Integration in den Arbeitsmarkt als Kernaufgaben gesehen werden. Darüber hinaus fungiert das Habibi auch als 1. Anlaufstelle für alleinerziehende Mütter und Opfer von Gewalt mit Migrationshintergrund.

Wichtigste Veränderungsmöglichkeiten beim Thema Integration

Primär ist es notwendig, die **Integrationsdebatte** zu **versachlichen**. Dazu dienen auch solide und seriöse Fakten, die das BM.I durch die Statistik Austria erheben lässt. In weiterer Folge muss sich die Bedeutung des **Themas Integration im Bewusstsein der Menschen verankern** und **alle Akteure müssen dazu bereit sein, ihren Beitrag zu leisten**. Ein wesentlicher Punkt erscheint zudem die Forschungstätigkeit im Integrationsbereich.

Es ist wichtig in den eingangs erwähnten wichtigen Handlungsfeldern Sprache, Bildung, Qualifikation und Arbeitsmarkt, sowie Achtung der Rechts- und Werteordnung **zu gemeinsamen Lösungen zu gelangen**.

Die zentralen kommenden Herausforderungen

Angesichts der **demographischen Entwicklung der kommenden Jahre** wird Integration **das Zukunftsthema unserer Gesellschaft** werden. Wir können es uns nicht leisten können, bei diesem gesellschaftlichen Wandel nur an der Seitenlinie zu stehen. Integration passiert nicht von selbst. Sie **muss geplant und gesteuert werden**, denn zukunftsorientierte Integrationspolitik braucht 1. Strategie und muss sich 2. klar an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren.

Primär gilt es den **Nationalen Aktionsplan umzusetzen**. Darin wurden in 7 Handlungsfeldern zentrale Herausforderungen benannt und darauf aufbauend werden in Kürze Maßnahmenvorschläge des unabhängigen Expertenrates präsentiert werden. Jedes Ressort, jedes Bundesland, die Sozialpartner, involvierte NGOs und auch der Städtebund, sind **gefordert, diese Maßnahmen umzusetzen**.

Möglicher Beitrag des Städtebundes

Städte spielen in der Integrationsarbeit eine zentrale Rolle. Sie sind Kernzellen der Integration. Im Bereich der Integration kommt jeder Gebietskörperschaft aber auch den Organisationen und Vereinen der Zivilgesellschaft sowie den Sozialpartnern eine eigene individuelle Rolle zu. Für Gemeinden und Städte gilt jedenfalls, dass Sie näher am Menschen sind. Integration kann nicht verordnet werden, sie muss „von unten“ wachsen. In diesem Zusammenhang ist die **Initiative des Städtebundes, Integration zu thematisieren, hoch zu würdigen**.

In Österreich gelingt die Integration von Personen mit Migrationshintergrund vergleichsweise gut. Im Gegensatz zu anderen europäischen Städten kommt es bei uns zu **keiner „Ghettoisierung“**. Das heißt aber nicht, dass es nichts zu verbessern gäbe.

Personen aus anderen Herkunftsländern **leben zum Großteil in Ballungsräumen**. So leben zB 40% in Wien und insgesamt ca. 62% in Städten mit mehr als 20.000 Einwohnern.

Ein Gedanke zum Weiterdenken

Es muss die Aufgabe jedes Einzelnen sein, zu gelungener Integration beizutragen. Lassen Sie uns alle gemeinsam etwas dazu beitragen; jede und jeder möge sich selbst fragen: Was kann mein Beitrag zu einer gelungenen Integration sein? Denn in Wahrheit ist **jeder von uns** in seinem beruflichen und privaten Umfeld ein **Integrationspolitiker**.

NOTIZEN



